

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Mehr Personal für die Einbürgerungsabteilung des Regierungspräsidiums Darmstadt**

Einzelplan 03 **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 14 Bezeichnung Regierungspräsidium Darmstadt

Produktnummer 311 Bezeichnung Angelegenheiten des Ausländerrechts

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	9.132.000	800.000	9.932.000

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktserfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	9.154.300	800.000	9.954.300
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Das Regierungspräsidium in Darmstadt ist die größte Einbürgerungsbehörde Deutschlands. Seit Jahren kommt es dort jedoch zu enormen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen, besonders von Nicht-EU-Staatsangehörigen. Die Wartezeit bis zum Bearbeitungsbeginn beträgt 12 Monaten und länger. Seitens des Bundes liegt nun ein Gesetzesentwurf vor, der Einbürgerungen bereits nach 5, in Ausnahmefällen bereits nach 3 Jahren Voraufenthalt ermöglichen soll. Es ist also damit zu rechnen, dass die Zahl der Einbürgerungsberechtigten im kommenden Jahr ansteigen wird. Der Hessische Flüchtlingsrat hat jüngst ausgerechnet, dass es angesichts der aktuellen Bearbeitungszeiten fast 100 Jahre dauern würde die Ausländische Bestandsbevölkerung in Hessen einzubürgern. Das Verschleppen von Einbürgerungen stellt ein Demokratiedefizit dar, da essentielle Rechte, wie das Wahlrecht damit zusammenhängen. Deswegen ist eine Erhöhung des Personalschlüssels in der Einbürgerungsabteilung des Regierungspräsidiums Darmstadt dringend erforderlich. Da es laut Auskunft des Innenministers (siehe öffentliches Protokoll der 56. INA Sitzung vom 20.01.2022) im Bereich der Einbürgerung von EU-Staatsangehörigen zu keinen nennenswerten Verzögerungen gekommen ist, wird hier die Verdoppelung der Stellen im Bereich der Einbürgerung von Nicht-EU-Staatsangehörigen von 16,6 VZÄ auf 34 VZÄ beantragt. Hierfür dient der aufgeführte Zusatzbetrag.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske